

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Er scheint

wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Insertionspreis: die fünfspaltige Zeile 10 Pf. Im amtlichen Theile die gespaltene Zeile 25 Pf.

Abonnement
viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl. des „Instr. Unterhaltungsbl.“ u. der Humor. Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unsern Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Hannebohn in Eibenstock.

N 135.

46. Jahrgang.
Donnerstag, den 16. November

1899.

Bekanntmachung.

Die Instandhaltung der Straßenunterhaltungs-Arbeitsgeräte, mit **Ausschluss** der **Steinhammer** und **derjenigen Gegenstände, welche nicht von Schmieden und Stellmachern** hergestellt werden, soll im Bezirke der unterzeichneten Dienststellen auf die Jahre 1900 bis mit 1904 anderweit an geeignete **Schmiede** abtheilungsweise in Afford — für eine am Ende jedes Jahres zahlbare Entschädigung — vergeben werden, bezugnehmend auf den betreffenden Affordant die Verpflichtung übernimmt, die ihm überwiesenen Arbeitsgeräte nach Ablauf der Affordperiode in genau derselben Anzahl und dem guten, gebrauchsfähigen Zustande zu übergeben, wie sie von ihm übernommen worden sind. Demnach sind also die nicht mehr reparaturfähigen Stücke ohne besondere Entschädigung durch neue zu ersetzen.

Die Vertragsbedingungen liegen bei den Herren **Amtsstraßenmeistern** Rothe in Neustädtel, Weise in Schwarzenberg und Jahn in Eibenstock zur Einsichtnahme aus. Ueber die Anzahl der auf jeder Abtheilung vorhandenen bezüglichen Arbeitsgeräte ertheilen die **Straßenwärter** Auskunft.

Geeignete Bewerber wollen ihre Angebote (nach Straßenabtheilungen getrennt) bis **Montag, den 20. November d. J.** an die mitunterzeichnete Bauverwaltung einreichen.

Die Auswahl unter den Bewerbern bleibt vorbehalten. Diejenigen Angebote, auf welche bis zum 6. Dezember d. J. der Zuschlag nicht ertheilt ist, sind als abgelehnt zu betrachten.

Kgl. Straßen- und Wasserbau-Inspektion und Kgl. Bauverwaltung
Schwarzenberg,

Roath.

am 6. November 1899.

Bähler.

Gemeinschaftliche Sitzung der städtischen Collegien
Donnerstag, den 16. November 1899, Abends 7/8 Uhr
im Rathhause.

Eibenstock, den 11. November 1899.

Der Bürgermeister.
Hesse.

Der Stadtverordneten-Vize-Vorsitzer.
Bernh. Frischke.

Tagesordnung.

1. Einsprüche gegen die Aufstellung der Bebauungspläne für das Süd- und Ostviertel der Stadt Eibenstock.

2. Beschlussfassung wegen Herstellung einer Wohnung im Dachboden der Industrieschule für den Hausmann.
3. Wahl eines stellvertretenden Bürgermeisters.

9. öffentliche Sitzung des Stadtverordneten-Collegiums
Donnerstag, den 16. November 1899, Abends 7/9 Uhr
im Rathhause.

Eibenstock, den 11. November 1899.

Der Stadtverordneten-Vizevorsitzer.
Bernh. Frischke.

Tagesordnung:

1. Besuch des Herrn Stadtverordneten Otto Unger um Entlassung aus dem Collegium.
2. Ernennung der Wahlgehilfen für die demnächst stattfindende Stadtverordnetenwahl.
3. Wahl der Gemeindevorstände.
4. Rechnungsprüfung der Stadtkassenrechnungen auf die Jahre 1897 und 1898, sowie
5. a. der Schuldenrechnungen, b. Feuerlösch- und c. Rochschuldenrechnungen auf das Jahr 1898.
6. Uebernahme des Zeichenkursus für Handwerker auf die Stadt.
Hierauf geheime Sitzung.

Bekanntmachung.

Unter dem **Schweinebestande** des Viehhändlers **Wödel** in **Unterstützengrün**, Brd.-Cat.-Nr. 43 ist die **Rau- und Klauenseuche** ausgebrochen.

Eibenstock, den 11. November 1899.

Der Rath der Stadt.
Hesse.

M.

Holz-Versteigerung. Staatsforstrevier Wildenthal.
Drechsler's Gasthof zu Wildenthal
Sonnabend, den 18. November, Vormittags 10 Uhr
1490 rm ficht. Stöcke.

Abth. 3, 8, 13, 25, 36, 49, 52, 54, 77—79 und 88.

Kgl. Forstrevierverwaltung Wildenthal und Kgl. Forstrentamt Eibenstock,
Schneider. am 13. November 1899. **Geslach.**

Der Reichstag

Ist am Dienstag nach fast fünfmonatiger Pause wieder zusammengetreten und es wurden schon vor Kurzem die zahlreichen Vorlagen und Initiativ-Anträge zusammengestellt, die noch aus der bisherigen Tagung stammen und die erledigt werden müssen. Dazu kommen nun noch außer dem Reichshaushaltsetat wichtige sozialpolitische Gesetze, vor allem die Novelle zur Unfallversicherung, so daß es nicht an Verathungstoff fehlt — ja, man darf sagen, die Session führt davon Ueberfluth mit sich.

Da ist es denn nur zu wünschen, daß die Parteien (durch den Senioren-Konvent) unter sich einig werden, von dem Verathungstoff dasjenige auszuscheiden, von dem eine Erledigung in der Session doch nicht zu erwarten ist, und damit das Pensum etwas zu erleichtern. Das gilt namentlich für zahlreiche Initiativ-Anträge, die fast in der Zahl von vier Duzend noch vorliegen, und von denen viele unter Verhältnissen gestellt worden sind, die heute in unserer schnelllebigen Zeit längst überholt sind. Eine solche strenge Scheidung und Sichtung des Materials ist um so dringender geboten, weil dem Reichstage in einigen schwerwiegenden Fragen, vor allem in der „Vorlage zum Schutze der Arbeitswilligen“ und der Verstärkung der Kriegsmarine, so schwere Kämpfe bevorstehen, daß alles vermieden werden muß, was zu einer Zersplitterung der Kräfte führen und damit die Beschlußfähigkeit des Hauses gefährden kann.

Die ersten wichtigeren Verathungen werden sich an die beiden Vorlagen anknüpfen, die zunächst verabschiedet werden müssen. Es ist nicht zu leugnen, daß die Verhandlungen über diese Gesetze durch die Verjaugung während des Sommers nicht gerade gefördert worden sind. Durch die vorgeschlagene Beseitigung der Privatposten und die Neuordnung der Zeitungs- und der Fernsprechgelder werden wirtschaftliche Änderungen bedingt, denen die Einzelinteressen sich nicht ohne Weiteres fügen. So sind die Forderungen benützt worden, die verschiedenen Wünsche und Klagen von neuem zur Geltung zu bringen und die einzelnen Abgeordneten dafür zu gewinnen. Inwiefern dadurch das Zustandekommen der Gesetze gefährdet wird, werden schon die nächsten Tage ergeben. An sich kann man der Reichstagskommission das Zeugniß nicht verweigern, daß sie mit großer Gründlichkeit und mit Wohlwollen alle bisherigen Vorschläge geprüft und sich die größte Mühe gegeben hat, die verschiedenen Interessengegensätze auf einer mittleren Linie zu vereinigen. Es ist anzunehmen, daß, wenn der Reichstag vollständig zusammen sein wird, er mit großer Mehrheit diesen wohlüberlegten und maßvollen Beschlüssen seiner Kommission zustimmen wird. Nicht gleich von vornherein seine Beschlußfähigkeit zu wünschen übrig, so ist nicht unwahrscheinlich, daß die verschiedenen Vertreter von Sonderinteressen sich vordrängen und schließlich dadurch die Verabschiedung dieser für die weitem Fortschritte unserer Reichspostverwaltung wichtigen Gesetze zum Scheitern bringen werden. Jedemfalls aber wäre es dringend wünschenswert, daß der Reichstag bei der bevorstehenden zweiten und

dritten Lesung dieser Gesetze nicht allzuviel Zeit verlieren möchte. Die Einzelverathungen sind naturgemäß nicht im Stande, das Interesse weiterer Kreise unserer Bevölkerung zu fesseln; um so dringender aber ist der Wunsch, daß der Reichstag rasch und unzweideutig in den beiden Fragen von ausschlaggebender politischer Bedeutung: Schutz der Arbeitswilligen und Flottenvermehrung, feste Stellung nehmen möchte. Den Verathungen über diese beiden Fragen sieht man im Volke mit der größten Spannung entgegen, abgesehen von ihrer grundsätzlichen Wichtigkeit auch deswegen, weil man allgemein glaubt, daß von ihrer Erledigung das Schicksal des gegenwärtigen Reichstages abhängig ist.

Es ist leider nicht zu leugnen, daß das Ansehen der berufenen deutschen Volksvertretung dank der traurigen Parteierregung und Fraktionswirtschaft und dank der häufigen Beschlußunfähigkeit von Jahr zu Jahr mehr gesunken ist. Treue Pflichterfüllung, regelmäßige Theilnahme der Abgeordneten an den Verathungen ist die erste Voraussetzung, die eine Besserung in der Beurteilung der Reichstagsleistungen herbeiführen vermag. Möge unter dieser Voraussetzung der Reichstag seine Verathungen wieder aufnehmen.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Kaiser Wilhelm hat, wie den „B. R. N.“ aus London telegraphirt wird, seinen beabsichtigten Besuch bei Lord Lansdale aus Louth Castle abgelehnt und dem Lordanaphor von London durch die deutsche Botschaft mittheilen lassen, daß er mit Rücksicht auf die kurze Zeit seines Aufenthalts in England eine Einladung zum Lunch im Mansion House leider nicht annehmen könne. — Nach der „Post“ wird der Kaiser auf seiner Englandsfahrt von seiner Gemahlin sowie seinen beiden jüngsten Kindern, Oskar und Viktoria Luise, begleitet sein.

— Die Reise des Kaisers nach England jeden politischen Charakters zu entkleiden, ist man von amtlicher Seite aus nach wie vor bestrebt. So hat der deutsche Botschafter in London am Montag nach Plymouth die Nachricht gelangen lassen, der Kaiser müsse die ihm von der Stadt zugesandte Willkommensadresse ablehnen, da sein Besuch in England streng privater Natur sei.

— Ueber die Kämpfe in Kamerun im Monat September wird gemeldet: „Der am Montag aus Südwestafrika in Liverpool eingetroffene Dampfer „Volta“ bringt Nachricht von Kämpfen bei Kribi. Danach wurde die Küstenstadt am 21. September von 4000 Eingeborenen angegriffen, deren Absicht war, die deutschen und englischen Faktoreien des Ortes zu zerstören. Die Kaufleute konnten sich jedoch mit Hilfe ihrer farbigen Arbeiter 5 Tage lang halten bis zum Eintreffen des Dampfers „Helene Woermann“ mit 3 deutschen Offizieren und 60 eingeborenen Soldaten. Diese vertrieben die Angreifer und tödteten 200. Kein Weißer fiel; ein deutscher Missionar wurde durch einen Schuß in den Kopf schwer verwundet. Die Aufständischen hätten

vor ihrem Angriff auf Kribi durch Niederbrennen der Faktoreien im Hinterlande großen Schaden verursacht.“

— Frankreich. Ein Zwischenfall, der sich in der Bucht von Lorenzo Marques zwischen dem französischen Dampfer „Coroba“ und dem englischen Kreuzer „Magicienne“ ereignete, ruft in Paris außerordentliche Entrüstung hervor. Wenn das französische Schiff „Coroba“ in portugiesischem Gewässer dem Haltensignale der englischen „Magicienne“ keine Folge leistete, so habe dies den englischen Kreuzer nicht im entferntesten berechtigt, einen, wenn auch nur blinden Schuß abzugeben und die Thatsache, daß dem französischen Schiffe erst nach Vorweisung der Papiere die Weiterfahrt nach Lorenzo gestattet wurde, bedeute eine Verletzung des internationalen Seerechts seitens des englischen Kapitäns. Selbst die gemäßigten Blätter fordern, daß England Abbitte leiste, und von allen Seiten wird energisch eine angemessene Entschädigung des französischen Reeders verlangt. Gleichzeitig dringt man darauf, daß England endlich Aufklärungen gebe über seine Abmachungen bezüglich der portugiesischen Besitzungen in Afrika.

— Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Die von Südafrika eintreffenden Nachrichten beschränken sich in der Hauptsache darauf, die Ankünfte von Truppentransportschiffen zu melden. Da ein Theil der Truppen sofort nach der Ankunft weiter nach Durban dirigirt wird, muß man annehmen, daß die Absicht des Generals Buller dahin geht, womöglich den General White in Ladysmith zu unterstützen. Das allerdings nicht sehr zuverlässige „Dzieltbureau“ meldet hierzu aus Brüssel, die dortigen Agenten von Transvaal hätten ein Telegramm erhalten, wonach General Buller in Durban angekommen und seit Freitag 4000 Mann britische Truppen gelandet seien. Diese würden mit einer Flottenbrigade, zwei Regimentern Freiwilligen und drei Batterien Artillerie, im Ganzen 10,000 Mann, zum Entsätze General Whites gegen Ladysmith vordringen. Der General solle gleichzeitig einen Ausfall in der Richtung auf Colenso machen. Man darf daher mit Recht in hohem Grade gespannt sein auf die Ereignisse der nächsten beiden Wochen, in denen eine der interessantesten kriegerischen Entscheidungen ihrer endgiltigen Lösung entgegengeführt werden kann.

— Ein in Pretoria eingetroffener Buren-Offizier erzählte, seit Beginn voriger Woche hätten mindestens dreimal Verhandlungen zwischen General Joubert und White, betreffend eine etwaige Kapitulation, stattgefunden. General White verlangte freien Abzug für alle seine Truppen unter Mitnahme der Fahnen, Geschütze, Waffen und der gesammten Munition; General Joubert erklärte diese Forderung mit Recht für unverschämmt und verlangte bedingungslose Kapitulation. Bei der zweiten Verhandlung war General Joubert allerdings bereit, ein Zugeständniß zu machen, indem er vorschlug, die Geschütze und die Munition sollten nicht ausgeliefert, sondern unbrauchbar gemacht werden. Eine Einigung ist auch bei der dritten Verhandlung, die am letzten Mittwoch abgebrochen wurde, nicht zu Stande gekommen.